

IMU-Akzente

Projekte · Beratungen · Kooperationen · Veröffentlichungen · Veranstaltungen

Nr. 13 · Dezember 2005

Paradigmenwechsel in der Regionalpolitik?

Vom Ausgleichsziel zur Förderung von Metropolregionen

In der Fachdiskussion mehren sich – begleitet durch ähnlich lautende Aussagen von Bundespräsident Köhler¹ – die Zeichen, dass ein Paradigmenwechsel in der Raumordnungspolitik bevorsteht. Es geht um den Abschied vom Verfassungsgrundsatz des Ausgleichs zwischen starken und schwachen Regionen hin zur Stärkung der Starken. Der Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung (MKRO) vom 28.04.2005 zur Weiterentwicklung raumordnungspolitischer Leitbilder formuliert dies wie folgt: „Die Raumentwicklungspolitik ... muss einen Beitrag zur Überwindung der wirtschaftlichen Schwäche ... leisten. *Kerne und Netze des ökonomischen Wachstums und der Innovation* müssen unterstützt sowie räumlich konzentrierte Entwicklungsstrategien verfolgt werden“ (MKRO 2005).

Vom endogenen Potenzial zur Metropolregion

Der Positionswandel vollzog sich in Etappen: Stand in den 80er Jahren in Theorie und Praxis der Raumordnung die Förderung *endogener Potenziale* im Mittelpunkt, so veränderte sich die Praxis seit Ende der 90er Jahre fundamental: Standard wurden von Unternehmensberatern wie McKinsey entwickelte Regionalprojekte, wie zum Beispiel das *Dortmund-Projekt*, die *Wolfsburg AG* oder *Hannover Impuls*. Im Kern ging und geht es um die Identifizierung und Förderung von regionalen Wachstumskernen unter dem Blickwinkel internationaler Konkurrenzfähigkeit. Euphorisch waren die anfänglich formulierten Ziele, wie z. B. die Schaffung von 70.000 Arbeitsplätzen bis 2010 in Dortmund. Mittlerweile werden davon Abstriche gemacht, trotzdem ist eine wettbewerbsorientierte Clusterpolitik die derzeit dominierende Praxis in vielen Regionen und auch in der Landespolitik (siehe NRW oder Bayern).

Parallel dazu und relativ unbemerkt von einer breiten Öffentlichkeit wurde mit dem Beschluss der MKRO von 1995 eine neue Kategorie, die *Metropolregion*, aus der Taufe gehoben. Ein Raumordnungstyp, den es in der offiziellen Politik zuvor nicht gab. Und nicht zufällig erhob sich aus dem Kreis der erlauchten Metropolregionen die Forderung nach einer Förderung dieser Agglomerationsräume (vgl. METREX 2004).

Seit einigen Jahren folgen Fachwissenschaft und Raumordnungspolitik der veränderten Praxis: Es mehren sich Tagungen, Einzelbeiträge und Artikel, die der Abkehr vom Ausgleichsziel und der Förderung der Wachstumskerne mal eher zaghaft, mal fordernd

das Wort reden (siehe auch die Abbildung auf Seite 2). Endgültig beschlossen soll der Paradigmenwechsel im Jahr 2006 mit einem neuen raumordnungspolitischen Orientierungsrahmen der MKRO werden.

Warum der Wandel?

Begründet wird der Wandel mit der allgegenwärtigen ‚Globalisierung‘ bzw. genauer mit der Notwendigkeit der internationalen Konkurrenzfähigkeit. Aber auch die fehlende Konvergenz zwischen neuen und alten Bundesländern muss dafür herhalten, die in 15 Jahren nicht erreicht wurde. Erstaunlicherweise fällt kein Wort über die Art der „Wiedervereinigung“ unter Kohl, die statt „blühender Landschaften“ zu weitgehend deindustrialisierten Regionen führte.

Außerdem wird auf die knapper werdenden öffentlichen Mittel verwiesen, die doch möglichst sparsam und gezielt statt mit der Gießkanne zu verteilen seien. Die Argumentation erinnert stark an die Begründung für Demontage des Sozialstaats: Der Staat könne die Leistungen nicht mehr finanzieren – dabei fällt kein Wort über die Ursachen der Finanzmisere, wie zum Beispiel den Abbau der Unternehmenssteuern in den Jahren 2000 ff.. „Reformen“ folgen in diesem Land offenbar nur noch der Logik neoliberaler Dogmen – auch in der Regionalpolitik (vgl. Stiens 2000).

Natürlich darf als Begründung auch die EU nicht fehlen: Die Neuordnung der Struktur- und Regionalfonds nach der EU-Erweiterung werde zu einer Mittelreduzierung für die Alt-EU-Länder führen und müsse daher neu ausgerichtet werden (vgl. u. a. METREX 2004).

Bemerkenswert selten beruft man sich auf theoretische Begründungen (vgl. Aring 2005): Bezüge gebe es zur Neuen Wachstumstheorie, der Neuen Außenhandelstheorie sowie der auf beiden Bereichen aufbauenden New Economic Geography. Ergänzt werden sie durch Überlegungen zu Wissens-Spillovers und kreativen Milieus. Bei genauerer Betrachtung der genannten Theorien zeigt sich ein eher unverbundenes Konglomerat von Einzelansätzen, deren empirischer Nachweis aussteht.

Großräumige Dekonzentration in Deutschland bis Mitte der 90er Jahre

Empirisch lässt sich in (West-)Deutschland eher das Gegenteil belegen: „Die Resultate entsprechender Studien können zu drei zentralen Tendenzen des räumlichen Strukturwandels in der Bundesrepublik zusammengefasst werden:

- *Disurbanisierung* (großräumige Dekonzentration)
- *Suburbanisierung* (kleinräumige Dekonzentration)

¹ Es "gibt [...] nun einmal überall in der Republik große Unterschiede in den Lebensverhältnissen. Das geht von Nord nach Süd wie von West nach Ost. Wer sie einebnen will, zementiert den Subventionsstaat und legt der jungen Generation eine untragbare Schuldenlast auf" (Köhler: Einmischen statt Abwenden. In: Focus, Nr. 38, 2004)

▪ „großräumige Entwicklungscluster“ [gemeint ist das Nord-Süd-Gefälle, HP] (Bade 1998).

Das DIW kommt zwar in einer neueren Untersuchung unter der Überschrift ‚Die Renaissance der großen Städte‘ zum Ergebnis: „Gegen Mitte der 90er Jahre ist hier aber ein Trendwechsel eingetreten: Von 1998 bis 2002 expandierte die Beschäftigung in den Großstädten deutlich stärker als im Durchschnitt des Landes“ (DIW 2003). Ob es sich aber tatsächlich um einen Trendbruch handelt, wird sich noch zeigen müssen.

Gesamtwirtschaftliche Grenzen von Clusterpolitik

Selten wird auf Voraussetzungen und Grenzen des Clusteransatzes eingegangen: So werde „oft vergessen, dass es sich bei dem Clusteransatz um einen strukturpolitischen, nicht um einen makroökonomischen Ansatz handelt. ... Vor diesem Hintergrund greift auch eine wirtschaftspolitische Debatte zu kurz, die vor allem auf den regulativen Rahmen und auf die Kosten fixiert ist und dabei die Frage nach Innovationen, neuen Organisations- und Dienstleistungskonzepten und nach neuen Märkten vernachlässigt“ (Rehfeld 2005).

Zudem wird kritisiert, dass regionale Politik die gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht aufheben kann. Sie sei vielmehr auf zentrale Wachstumsimpulse, zum Beispiel durch eine Investitions- und Beschäftigungsoffensive in den Bereichen Bildung, Qualifikation, FuE, Umwelt, Gesundheit und öffentlicher Verkehr angewiesen.

Dieses ‚Experten‘-Thema und die möglichen Folgen des Paradigmenwechsels sollten breit in der Öffentlichkeit diskutiert werden. Gefordert sind hier insbesondere Organisationen und Bewegungen, die dem Ausgleichsziel traditionell einen hohen Stellenwert beimessen, wie zum Beispiel Gewerkschaften oder stadt- und regionalbezogene Bürgerinitiativen und kritische Regionalwissenschaftler.

Da die Vertreter des Paradigmenwechsels sich – noch – nicht an eine vollständige Abschaffung des Ausgleichsziels trauen, könnte eine umfassende kritische Debatte Wirkung zeigen. Darüber hinaus muss sie dazu beitragen, alternative Positionen zu entwickeln und politikfähig zu machen (vgl. z. B. Raenke, Richter 2003).

Heinz Pfäfflin

Raumordnungskonzeptionen in der Nachkriegszeit (nach Aring)

	„Neoklassische Raumordnung“	„Endogene Raumordnung“	„Globalisierte Raumordnung“
Zeit	bis Ende der 70er Jahre	80er bis in die 90er Jahre	ab den 90er Jahren
Ökonomische Lage	Lang anhaltender, relativ stetiger Wachstumsprozess	- Wachstumsverlangsamung, - ökonomische Krisen als Strukturkrisen	- Wachstumsschwäche, - Effekte der Globalisierung, - Transformationsfolgen, - Finanzschwäche der öffentlichen Haushalte
Theoretische Grundlagen	Neoklassische Theorie - Gleichgewichtskonzept - Faktorausgleich > Tendenz zum Ausgleich	Dynamische Theorien der Wirtschaftsentwicklung: Lange Wellen, Innovationen, kreative Milieus, endogenes Wachstum	- new economic theory, - Tendenz zur räumlichen Akkumulation bzw. Konzentration
Leitbild/-ziel	Konvergenz von Wirtschaft und Gesellschaft	Endogenes Wachstum zum Ausgleich zwischen Regionen	„Jedem nach seinen Möglichkeiten – Stärke die Starken“
Intervention	Allgemeine Wachstumsförderung und Förderung der schwachen Regionen	wie früher plus Förderung endogener Potentiale	enggefasste endogene Potentiale, situations-/regionalspezifische Intervention

Quelle: eigene Zusammenstellung nach Aring 2005

Clusterpolitik ist nicht gleich Strukturpolitik

Strukturpolitik ist mehr als Clusterpolitik, das heißt „ein Teil des Instrumentariums der Strukturpolitik (wird immer, HP) flächendeckend und themenunspezifisch sein. Hierzu gehören die Arbeitsmarktpolitik, die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen ... oder die Gründungsförderung“ (Rehfeld 2005). Außerdem sollten Lebensbedingungen wie Bildung und Lebensqualität, moderne Infrastrukturen oder auch innovative regionale Kulturen nicht nur hinsichtlich ihrer strukturpolitischen Bedeutung bzw. als ‚weiche‘ Standortfaktoren diskutiert werden (vgl. Rehfeld 2005).

Gegen einen klammheimlichen Politikwechsel – für eine solidarische Regionalpolitik

Zu einem klammheimlichen Politikwechsel darf es nicht kommen. Auf jeden Fall sollte der Abschied von Verfassungsgrundsätzen zumindest nicht unter Ausschluss der Öffentlichkeit erfolgen. Die Betroffenen in Ost und West müssen erfahren, was auf sie zukommt und wie die diskutierte „Mindestversorgung“ der Bevölkerung in den ländlichen Räumen aussehen soll. Denn es geht auch um ihre Lebensbedingungen und um ihr Geld .

Quellen:

Aring 2004: Jürgen Aring, Zwischen ‚dezentraler Konzentration‘ und Metropolförderung, in: ILS NRW (Hg), Ausgleich versus Wachstum – Paradigmenwechsel in der räumlichen Planung?, 10. Konferenz der PlanerInnen in NRW, Dortmund 2005

Bade 1998: Franz-Josef Bade, Annekatrien Niebuhr, Zur Stabilität des räumlichen Strukturwandels, Dortmund 1998

DIW 2003: DIW Berlin, Die Renaissance der großen Städte – und die Chancen Berlins, in: DIW-Wochenbericht Nr. 26/2003

METREX 2004: Metrex, Von Städten zu Metropolregionen: eine erweiterte Perspektive als Notwendigkeit, Positionspapier hinsichtlich zukünftiger Strukturfonds, Barcelona 2004

MKRO 2005: Beschluss der 32. Ministerkonferenz für Raumordnung am 28.04.2005 in Berlin zur Weiterentwicklung raumordnungspolitischer Leitbilder und Handlungsstrategien, Berlin 2005

Raenke, Richter 2003: Volker Raenke, Gerhard Richter u.a., Clusterhandbuch Brandenburg, Berlin 2003

Rehfeld 2005: Dieter Rehfeld, Perspektiven des Clusteransatzes – Zur Neujustierung der Strukturpolitik zwischen Wachstum und Ausgleich, IAT-Report 2005-06, Gelsenkirchen 2005 (nur als PDF unter: www.iatge.de/iat-report/2005/report2005-06.pdf)

Stiens 2000: Gerhard Stiens, Regionale Regulation und faktische Auflösung überregionaler Raumordnung? Die deutschen „Europäischen Metropolregionen“ als Fall, in: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10.2000

Evaluation von ABM

Seit September 2004 untersucht das IMU-Institut zusammen mit den Konsortialpartnern COMPASS, SÖSTRA und PIW im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) die Wirksamkeit von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen im Zeitraum von 1999-2004 im Rahmen der umfassenderen „Evaluation der Maßnahmen zur Umsetzung der Vorschläge der Hartz-Kommission“. Eine gemeinsame Ergebnis-Präsentation der einzelnen Evaluationsmodule fand im November 2005 nach Abschluss der 1. Projektphase im BMWA statt. Der zugehörige Projektbericht wird in Kürze publiziert und über das BMWA erhältlich sein.

Die Untersuchung des arbeitsmarktpolitischen Instruments *Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen* stützte sich auf ein breit gefächertes methodisches Untersuchungsdesign, bestehend aus standardisierten Befragungen von TeilnehmerInnen und Trägern von ABM, umfangreichen deskriptiv-statistischen Analysen von Datenbeständen der Bundesagentur für Arbeit und des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, bundesweit repräsentativen mikroökonomischen Untersuchungen, qualitativen Implementationsanalysen in zehn ausgewählten Agenturbezirken sowie einer detaillierten Kosten-Nutzen-Betrachtung.

Das IMU-Institut führte dazu die Implementationsanalysen mit jeweils bis zu 30 Akteurs- und Experteninterviews in vier von zehn ausgewählten Agenturbezirken (Dresden, Karlsruhe, Regensburg und Schweinfurt) durch und zeichnet darüber hinaus für die Kosten-Nutzen-Betrachtung verantwortlich. Im ersten Halbjahr 2006 erfolgt zu allen methodischen Zugängen eine zweite Erhebungswelle, die die bisherigen Ergebnisse vertiefen und aktualisieren soll.

Projektleitung: Alrun Fischer; Koordination: Gunda Fischer; Kosten-Nutzen-Betrachtung: Hermann Biehler; Fallstudien: Michael Berka (Dresden), Bettina Seibold, Jürgen Dispan (Karlsruhe), Detlev Sträter (Regensburg), Heinz Pfäfflin (Schweinfurt)

Branchenanalysen Bahnindustrie und Maschinenbau

Bedeutende Potenziale der Bahnindustrie sind in den neuen Bundesländern angesiedelt. Beim durch die Otto-Brenner-Stiftung geförderten Vorhaben „Bahnindustrie in Ostdeutschland – Ansatzpunkte einer arbeitsorientierten Branchenstrategie“ wird zunächst eine Branchenstrukturanalyse der Bahnindustrie Ostdeutschlands erarbeitet.

Die Analyse konzentriert sich auf die Teilbranchen Schienenfahrzeugbau und Systemtechnik. Das Erkenntnisziel des Projekts ist darauf gerichtet, die regionalspezifische Struktur der Bahnindustrie in Berlin, Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt strukturell zu analysieren und ihr besonderes Profil im Vergleich mit der Gesamtbranche darzustellen. Es werden fördernde und hemmende Faktoren zur Entfaltung der Innovations- und Anpassungsfähigkeit der Branche in Ostdeutschland darstellt. Das er-

kenntnisleitende Interesse besteht in der Identifizierung und Diskussion von arbeitsorientierten Handlungs- und Gestaltungsoptionen insbesondere der Träger der Mitbestimmung, die zur Grundlage einer Branchenpolitik gemacht werden können.

Ein zweites Branchenprojekt befasst sich mit dem Maschinenbau, der in verschiedenen Regionen Ostdeutschlands einen wichtigen industriellen und innovativen Kern darstellt. Auch bei dieser Branchenanalyse werden Entwicklungen, Strukturen, räumliche Branchenkonzentrationen und die funktionale Spezialisierung des Maschinenbaus innerhalb von Wertschöpfungsketten untersucht. Anschließend werden Erfahrungen aus Branchen- und Verbundinitiativen ausgewertet und industrie- und wirtschaftspolitische Gestaltungsansätze dargestellt. Auf dieser Grundlage werden Handlungsoptionen für die Mitbestimmungsträger und Sozialpartner vorgeschlagen.

Kontakt: Walter Krippendorf (IMU-Institut Berlin)

Internationalität im Rems-Murr-Kreis

Das IMU-Institut bearbeitet gemeinsam mit der Volkshochschule Stuttgart für den Verein für Internationale Arbeits- und Kulturbeziehungen e. V. (VIAK) ein Projekt, das Anstöße zu betriebsnaher Qualifizierung für Beschäftigte mit geringen Deutschkenntnissen geben soll. Hintergrund ist die sich verschärfende Situation für Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe.

Traditionell ist der Rems-Murr-Kreis (Waiblingen) ein Standort des Verarbeitenden Gewerbes. Seit Jahren ist gerade dieser Bereich von einem tiefgreifenden Strukturwandel – mit weitreichenden Auswirkungen auf die Beschäftigten – betroffen:

- In der Produktion werden immer höhere Qualifikationen von den Beschäftigten verlangt, so dass Personen ohne Berufsausbildung kaum noch eingestellt werden.
- Fertigungsbereiche, und damit verbundene einfache Produktionsstätigkeiten für Un- und Angelernte, werden zunehmend ins Ausland verlagert oder sind massiv von Verlagerung bedroht.

Allein seit 1999 fielen im Rems-Murr-Kreis etwa 4.200 Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe weg. Betroffen sind v. a. Kolleginnen und Kollegen im an- und ungelerten Bereich, die häufig älter sind und über geringe Deutschkenntnisse verfügen. Daneben nimmt die Gruppe von Personen mit Migrationshintergrund einen relativ größeren Anteil bei den Arbeitslosen ein. Dem steht ein eher niedriges Bildungsniveau gegenüber. Um dieser Beschäftigtenengruppe eine betriebliche Perspektive und Chancen auf Weiterbildung zu bieten, verbindet das Projekt Regionalmonitoring und Qualifizierung. Projektziel ist, dass neben einer Analyse der Wirtschafts- und Beschäftigungsentwicklung erprobte und abrufbare Qualifizierungsbausteine „Deutsch“ zur Verfügung stehen und dass für die betriebliche Umsetzung Elemente des Bildungscoachings entwickelt und ebenfalls erprobt sind. Das Projekt soll im Dezember 2006 mit einer Veranstaltung zum Transfer der Ergebnisse abgeschlossen werden.

Kontakt: Bettina Seibold (IMU-Institut Stuttgart)

Genderpolitischer Datenwegweiser

Der Genderpolitische Datenwegweiser zur Nutzung geschlechterdifferenzierter statistischer Datenquellen wurde vom IMU-Institut für den Bereich Genderpolitik des ver.di Bundesvorstandes erstellt. Das Handbuch soll den Gender-Mainstreaming-Ansatz im Organisationsbereich von ver.di unterstützen. Wesentliche Voraussetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern ist die Kenntnis darüber, wo Ungleichheiten vorliegen. Neben der Nutzung von Erfahrungswissen kann dies mit Hilfe von statistischen Daten und Informationen ermittelt werden.

In der amtlichen Statistik werden immer noch viele personenbezogene Daten ohne Differenzierung nach Geschlecht erhoben oder veröffentlicht. Wo also suchen, wenn eine bestimmte Fragestellung genderrelevant beantwortet werden soll oder ein Projekt, eine Kampagne geplant ist, bei welcher die Bedingungen oder Auswirkungen im Hinblick auf Geschlecht berücksichtigt werden sollen? Welche Daten sind wichtig? Auf diese Fragen will der Datenwegweiser Antworten geben. Er bietet einen Überblick über die nach Geschlecht differenzierten, wesentlichen statistischen Quellen zu ausgewählten Themenfeldern gewerkschaftlicher Politik: Arbeitsmarkt und Beschäftigung, Erwerbstätigkeit, Erwerbslosigkeit und aktive Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsmarktsegregation, Erwerbsarbeitszeiten, Erwerbseinkommen, Bildung/Ausbildung, Mitwirkung in Betrieb und Gesellschaft, Vereinbarkeit von Arbeit und Leben / Beruf und Familie, soziale Sicherung und Gesundheitsschutz. Kurzdarstellungen führen in die jeweilige Thematik ein.

Darüber hinaus enthält der Datenwegweiser nützliche Informationen zum ver.di-internen Datenbestand, zum Thema Datenrecherche und den Möglichkeiten und Grenzen der Datennutzung. Neben Literaturangaben sowie Hinweisen auf Projekte, Studien und Internetadressen zum jeweiligen Themenbereich finden sich im Anhang ein Glossar mit Erläuterungen zu Begriffen aus Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sowie eine Übersicht der Institutionen oder Organisationen, auf deren Datenbestände im Wegweiser verwiesen wird.

Kontakt: Elke Hahn (IMU-Institut München)

Arbeitsorientierte Netzwerke

Regionalisierter Strukturpolitik wird ein hoher und zunehmender Stellenwert beigemessen bei der Herstellung gleichwertiger Arbeits- und Lebensbedingungen. In der wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Debatte geht es dabei um die Frage, wie arbeitsorientierte Inhalte und Positionen wirksam in regionale Politikprozesse implementiert werden. Dazu werden exemplarisch arbeitsorientierte Netzwerke in vier ausgewählten Regionen analysiert und mögliche Schlussfolgerungen für die Arbeit im Raum Mittelfranken herausgearbeitet. Einbezogen sind folgende regionale Netzwerke: Arbeitskreis Strukturpolitik in Dortmund, IG Metall Region Stuttgart als Arbeitsgemeinschaft der Verwaltungsstellen Esslingen, Göppingen-Geislingen, Ludwigsburg, Stuttgart und Waiblingen, IG Metall Arbeitskreis Strukturpolitik in Hannover und das arbeitsorientierte Wissenschaftsnetzwerk beim DGB Region Emscher-Lippe.

Diese Problemstellungen erhalten in Mittelfranken in dem beginnenden Prozess der Formierung einer Metropolregion Nürnberg einen hohen Stellenwert, wird es doch darum gehen, in den ge-

planten neuen regionalen Strukturen arbeitsorientierte Inhalte zur Geltung zu bringen. Das von der Otto-Brenner-Stiftung geförderte Projekt soll einen Beitrag leisten zur Stabilisierung arbeitsorientierter Positionen in den Strukturen der Metropolregion Nürnberg.

Kontakt: Heinz Pfäfflin (IMU-Institut Nürnberg)

Strukturbericht Region Stuttgart 2005

Beim Strukturbericht Region Stuttgart 2005, den der Verband Region Stuttgart, die IG Metall, die Handwerkskammer und die IHK Region Stuttgart gemeinsam herausgeben, stand die regionale Innovationsfähigkeit im Zentrum des Schwerpunktkapitels. Schon seit 20 Jahren wird vom IMU-Institut die regionale Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung regelmäßig untersucht. Die Region Stuttgart liegt beim Standortranking deutscher Großstadtreionen weiterhin im Spitzenfeld, sie hat jedoch an Vorsprung eingebüßt. So verlor die Region in der Zeit von 1990 bis 2004 nicht weniger als 57.900 ihrer sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze. In kurzfristiger Betrachtung fällt besonders auf, dass der Dienstleistungssektor der Region nach Jahren des Aufschwungs nun auch vom Stellenabbau betroffen ist. Die meisten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes entwickelten sich rückläufig: Während Maschinenbau und Elektrotechnik Beschäftigungseinbußen hinnehmen mussten, konnten jedoch in der dritten Schlüsselbranche Fahrzeugbau zusätzliche Stellen geschaffen werden.

Im Strukturbericht 2005 wird die herausragende Stellung der Region Stuttgart als Innovationsregion und als „High-Tech-Hochburg“ bestätigt. Vor allem das regionale Netzwerk aus technisch hochrangigen Produzenten, Zulieferern, Forschungseinrichtungen und spezialisierten Instituten macht Stuttgart zur „Problemlöserregion“ per se. Die Schwächen der Innovationsregion Stuttgart liegen dagegen in der mangelnden Transparenz des Technologietransferangebots, in der Schwierigkeit vor allem kleinerer Unternehmen, Investitionen für Innovationen zu finanzieren und in fehlenden Ressourcen für das Innovationsmanagement sowie für die Umsetzung von Innovationen in Produkte. Im Zentrum der Untersuchung stehen der Fahrzeugbau und die Produktionstechnik als die wichtigsten Branchen der Region Stuttgart. Beide Cluster haben eine große Bedeutung für das regionale Innovationssystem.

Für den Erhalt und Ausbau von Forschung und Entwicklung (FuE) am Standort Region Stuttgart ist der Zusammenhang von Produktion und FuE bedeutend. Produktnahe FuE-Funktionen benötigen die räumliche Nähe zur Produktion. Es besteht die Gefahr, dass mit der Verlagerung von Produktionsarbeitsplätzen aus der Region zunehmend auch hoch qualifizierte FuE-Arbeit an andere Standorte verlagert wird. Entsprechend gilt es, den FuE-Standort Region Stuttgart in seiner Interaktion mit dem Produktionsstandort zu sehen und damit auch den produzierenden Unternehmen geeignete Standortbedingungen zu erhalten und zu verschaffen. Voraussetzung für gute Innovationsbedingungen ist das Zusammenspiel vieler Akteure. So gilt es z. B. auf betrieblicher Seite, ein innovationsfreundliches Klima zu fördern, die Beschäftigten einzubinden, Motivation, Kompetenz und kreativitätsförderliche Arbeitsbedingungen zu schaffen sowie sich verstärkt der strategischen Früherkennung von Technologietrends und Marktchancen zu widmen.

Kontakt: Jürgen Dispan, Bettina Seibold (IMU-Institut Stuttgart)

Perspektiven für Herzberg

Eigentlich hat das Werk Herzberg der Grohe Water Technology AG & Co. KG in Südbrandenburg keine Probleme: gute Branchenkonjunktur, gute Marktposition und eine auskömmliche Rendite. Trotzdem soll es – auf Grundlage eines entsprechenden McKinsey-Konzepts – von einem branchenfremden Management geschlossen werden, weil es die Forderung nach einer 28%igen Rendite des amerikanischen Finanzinvestors TPG nicht erfüllt. Die Gesamtstrategie von Grohe wird von neutraler Seite „eher wertvernichtend als wertfördernd“ eingeschätzt und wird in der Öffentlichkeit als typisches „Heuschrecken“-Beispiel diskutiert. 300 Herzberger Grohe-Beschäftigte verlieren damit ihren Arbeitsplatz. Die Arbeitslosenquote wird entsprechend steigen. Die Folgen sind Steuerausfälle, Kaufkraftverlust und massive Gefahren für Zulieferer und Dienstleister.

Betriebsrat und IG Metall konnten zwar im Rahmen eines Interessenausgleichs die Grohe-Geschäftsführung zu Ausgleichszahlungen an die MitarbeiterInnen und zur Einrichtung einer Beschäftigungsgesellschaft verpflichten. Der Forderung nach Finanzierung von Qualifizierungsmaßnahmen, Auszahlung ausstehender Tarifentgelte (ERA-Rückstellung) und Unterstützung bei der Neuansiedlung von Investoren hat sich Grohe bisher jedoch entzogen. Vor diesem Hintergrund haben Betriebsrat, die IG Metall, das Land Brandenburg und regionale Akteure die Kräfte gebündelt und – gemeinsam mit dem IMU-Institut und der Entwicklungsgesellschaft Energiepark Lausitz – ein Aktionsprogramm "Perspektiven für Herzberg" gestartet.

Das Aktionsprogramm hat das Ziel, Perspektiven für die von der Schließung unmittelbar betroffenen Grohe-Beschäftigten, aber auch für die indirekt von der Schließung Betroffenen aufzuzeigen und schrittweise zu realisieren. Es soll den regional verantwortlich Handelnden und der Landesregierung Entscheidungsgrundlagen zur gezielten Unterstützung von Herzberg geben. Die Aufgaben des IMU Instituts umfassen vor allem das Coaching

von Betriebsräten und regionalen Akteuren mit Konkretisierung des Personalentwicklungsplans, der Unterstützung der Beschäftigungsgesellschaft sowie der Öffentlichkeitsarbeit. Eine besondere Rolle kommt dem Betriebsrat von Grohe zu. Sein Beitrag besteht vor allem darin, in der Projektgruppe sowie gegenüber der Öffentlichkeit die Belange der ArbeitnehmerInnen einzubringen und zu vertreten. Zur gezielten Unterstützung bei Gesprächen zur Ansiedlung und Gewinnung neuer Unternehmen, bei der Kontaktaufnahme zu regionalen Unternehmen mit dem Ziel der Vermittlung sowie zur aktiven Mitarbeit bei der Entwicklung weitergehender Projektideen im Rahmen des Aktionsprogramms trägt der Betriebsrat ebenfalls bei.

Kontakt: Alrun Fischer (IMU-Institut Dresden), Gerhard Richter (IMU-Institut Berlin)

Leitfaden „Beruf UND Familie“

Der vom IMU-Institut Stuttgart und dem IAW Tübingen erstellte Leitfaden „Beruf UND Familie – wie gestalten wir das UND“ ist Teil der „Agenda für Vereinbarkeit, Bildung und Ausbildung“, die am Freitag den 2. Dezember 2005 in Stuttgart unterzeichnet wurde. Die Agenda wird vom Ministerium für Arbeit und Soziales, dem Wirtschaftsministerium, dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst Baden-Württemberg sowie der Landesvereinigung der Baden-Württembergischen Arbeitgeberverbände getragen. Als eines von sechs Projekten wird die Umsetzung des Leitfadens „Beruf UND Familie“ enthalten sein. IMU-Institut und IAW bieten im Rahmen der Agenda interessierten Unternehmen (Betriebsrat und Unternehmensleitung) eine betriebsspezifische Erarbeitung eines familienfreundlichen Leitbildes oder Maßnahmenkatalogs für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie an.

Kontakt: Bettina Seibold, Sylvia Stieler (IMU-Institut Stuttgart)

Seminare · Veröffentlichungen · Veranstaltungen

Aktuelle Seminarthemen:

Ziele und Aufgabenplanung im Betriebsratsgremium

Nach den Betriebsratswahlen im Frühjahr 2006 müssen sich die Betriebsratsgremien neu zusammenfinden: mit neuen Mitgliedern, aber auch mit Zielen und Arbeitsschwerpunkten für die neue Wahlperiode. Das IMU-Institut bietet dazu eine zweitägige Schulung nach § 37 Abs. 6 BetrVG an, um außerhalb der alltäglichen Hektik die Fragen zu bearbeiten:

- Was haben wir in der Vergangenheit geleistet? Welche Erfolge und Misserfolge haben wir erzielt? Was waren unsere Stärken, was unsere Schwächen?
- Vor welchen Anforderungen steht der neue Betriebsrat? Welche Ziele und Prioritäten wollen wir uns setzen?
- Wie wollen wir uns als Team organisieren? Welche Ausschüsse oder Projektgruppen brauchen wir? Welchen Weiterbildungsbedarf haben wir?

- Wie gehen wir miteinander um? Wie können wir unsere Schwächen abbauen, wie unsere Stärken ausbauen?

Die Schulungsinhalte werden vorab gemeinsam mit dem Betriebsratsgremium festgelegt. Teil der Dokumentation ist eine konkrete Arbeitsplanung, die in überprüfbaren Schritten Grundlage für die Betriebsratsarbeit sein kann. Außerdem ist es möglich, weitere Unterstützung beim Controlling der Arbeitsplanung und Arbeitsergebnisse zu vereinbaren. Die Schulung wird über Bildungsk Kooperationen der IG Metall und vom IMU angeboten.

Weitere Informationen und Hinweise bei Sigrun Richter, IMU-Institut Stuttgart.

Neue Veröffentlichungen

Caspar; Sigfried; Dispan, Jürgen; Krumm, Raimund; Seibold, Bettina (2005): Strukturbericht Region Stuttgart 2005. Entwicklung von Wirtschaft und Beschäftigung. Schwerpunkt: Innovation. Stuttgart.

Caspar; Sigried; Kirchmann, Andrea; Seibold, Bettina; Stieler Sylvia (2005): Kinder, Konflikt, Karriereknick. Notwendigkeiten und Ansatzpunkte für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Stuttgart.

Caspar; Sigried; Kirchmann, Andrea; Seibold, Bettina; Stieler Sylvia (2005): Beruf und Familie – wie gestalten wir das UND?. Stuttgart (= Schriftenreihe der Landesstiftung Baden-Württemberg).

Dispan, Jürgen (2005): Möbelhersteller in Baden-Württemberg. Branchenreport 2004. Regionalanalyse, Entwicklungstrends, Herausforderungen, Handlungsfelder. Stuttgart (= IMU-Informationendienst Nr. 1/2005).

Dispan, Jürgen; Stieler, Sylvia (2005): Perspektiven der Technologiepolitik und Innovationsförderung in Baden-Württemberg. In: Krumbein, Wolfgang; Ziegler, Astrid (Hrsg.): Perspektiven der Technologie- und Innovationsförderung in Deutschland. Marburg, S. 51-77.

Reitzig, Jörg (2004): Innovativ gegen den Mainstream, Gesellschaftliche Umbrüche und ihre Bedeutung für gewerkschaftliche Innovationen. München (= IMU-Informationendienst Nr. 6/2004).

Sträter, Detlev; Ismaier, Florian; Fritzsche, Andreas (2004): Raus aus der Stadt? Untersuchung der Motive von Fortzügen aus München in das Umland 1998-2000, München (= IMU-Informationendienst Nr. 5/2004).

Im Rahmen der Grips Initiative:

DGB Bezirke Sachsen und Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Bearbeitung: IMU Institut, TRANS – Transfer von grenzüberschreitenden Netzwerkkompetenzen „Branchendialog Stahl“, Dresden 2005 (deutsch/polnisch/tschechisch)

DGB Bezirke Sachsen und Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Bearbeitung: IMU Institut, TRANS – Transfer von grenzüberschreitenden Netzwerkkompetenzen, Dresden 2005 (deutsch/polnisch/tschechisch)

DGB Bezirke Sachsen und Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Bearbeitung: IMU Institut, Perspektiven der Grenzregion nach Erweiterung der EU- Integrationskonferenz, Dresden 2005 (deutsch/polnisch/tschechisch)

DGB Bezirke Sachsen und Berlin-Brandenburg (Hrsg.), Bearbeitung: IMU Institut, Entwicklungsschule Elbe – Ansätze zur Verbesserung des Verständnisses für die integrierende Bedeutung der regionalen Achse Dresden – Prag, (deutsch/tschechisch)

Veranstaltungen

„Ins Auge der Schlange geblickt“

Im Rahmen des Stuttgarter IMU-Hoffestes fand am 21. Juli 2005 der Workshop „Ins Auge der Schlange geblickt – Betriebliche Interessenvertretung im Shareholder-Value-Kapitalismus“ statt.

Ausgehend von Erfahrungen der BeraterInnen des IMU-Instituts, die vermehrt mit der Gefährdung von Arbeitsplätzen und Auslandsverlagerungen zu tun haben, wurde der Frage nachgegangen, wie die „Shareholder Value“-Problematik in betriebliche Regulierungsprozesse hineinwirkt. Im Zentrum des Workshops standen ein Vortrag von Christiane Fisecker vom Forschungsinstitut für Arbeit, Technik und Kultur (FATK) über

das Shareholder-Value-Konzept und seine Akteure sowie ein Beitrag von Martin Schwarz-Kocher (IMU-Institut) über Erfahrungen in der Betriebsberatung. Im anschließenden Meinungsaustausch mit Betriebsräten und Vertretern der IG Metall wurde über Konsequenzen für die betriebliche Interessenvertretung und ihre Handlungsmöglichkeiten diskutiert.

15 Jahre IMU-Institut in Ostdeutschland

Gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen, Partnern und Gästen feierte das IMU-Institut Berlin am 22. September „15 Jahre arbeitsorientierte Forschung und Beratung des IMU-Instituts in Ostdeutschland“. Unter dem Motto „Ausblick, Rückblick, Einblick“ lud das IMU-Institut zum Rundgang durch eine aktuelle Projektschau mit Projektmesse und Fotoausstellung „Stand-Orte“ der Fotografin Frauke Bergemann ein. Rund 80 Gäste begleiteten die Berliner und Dresdener IMU-Kollegen auf Ihrer 15-jährigen Zeitreise, gewürzt mit teils anekdotischen Rückblicken der Gäste Hasso Düvel, Olivier Höbel (Bezirksleiter IG Metall Berlin-Brandenburg-Sachsen) und Dieter Scholz (DGB Landesvorsitzender für Berlin und Brandenburg).

„Unabhängig, engagiert und kompetent“ – unter diesem Titel erschien in der Oktober-Ausgabe der Zeitschrift *metall* ein Interview mit Gerhard Richter zu 15 Jahren IMU-Institut in Ostdeutschland.

Ankündigungen

25 Jahre IMU-Institut – am 13. Oktober 2006 feiert das IMU-Institut Jubiläum. Zur geistigen Erfrischung werden im Münchner DGB-Haus ab 10:30 aktuelle Fragen der Arbeits- und Betriebspolitik sowie der regionalen Struktur- und Clusterpolitik diskutiert. Abends wird dann im Münchner IMU-Institut für das leibliche Wohl gesorgt und gefeiert bis zum Abwinken. Alle Leser der IMU-Akzente sollten sich diesen „Freitag den 13.“ schon vormerken!

Informationen: *Andrea Arnold (IMU-Institut München)*

Auch das Stuttgarter IMU-Institut lädt ein zum **Hoffest**: Am 13. Juli 2006 ab 17:30 gibt es wieder Leberkäs und Bier vom Fass. Zuvor findet ein Workshop zur Thematik innovative Arbeitspolitik statt.

Informationen: *Rosi Dapper (IMU-Institut Stuttgart)*

Impressum

IMU-Akzente Dezember 2005 ISSN 1430-7693 (Redaktionsschluss 6. Dezember 2005)
Redaktion: Dr. Jürgen Dispan, Layout: Christa Schnepf

Herausgeber: IMU Institut für Medienforschung und Urbanistik e. V.,
Hermann-Lingg-Straße 10, 80336 München, Telefon 089/54 41 26-0,
Telefax 089/54 41 26-11, E-Mail: imu-muenchen@imu-institut.de

IMU-Berlin, Schlesiische Straße 28, Haus S, 10997 Berlin, Telefon 030/29 36 97-0,
Telefax 030/29 36 97-11, E-Mail: imu-berlin@imu-berlin.de

IMU-Dresden, Kaitzer Straße 18, 01069 Dresden, Telefon 0351/4 17 48-0,
Telefax 0351/4 17 48-11, E-Mail: imu-dresden@imu-dresden.de

IMU-Nürnberg, Hallplatz 23, 90402 Nürnberg, Telefon 0911/20 55 9-0,
Telefax 0911/20 55 9-15, E-Mail: imu-nuernberg@imu-institut.de

IMU-Stuttgart, Hasenbergstraße 49, 70176 Stuttgart, Telefon 0711/23 70 5-0,
Telefax 0711/23 70 5-11, E-Mail: imu-stuttgart@imu-institut.de

IMU-Karlsruhe, Ettlinger Straße 3a, 76137 Karlsruhe, Telefon 0721/83 09 98-0,
Telefax 0721/83 09 98-1, E-mail: imu-karlsruhe@imu-institut.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung eines Belegexemplars. Kommerzielle Verwertung der Daten, auch über elektronische Medien, nur mit Genehmigung des IMU-Instituts.